

**Kantonsrat**

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 79  
Telefax 032 627 22 69  
pd@sk.so.ch  
www.parlament.so.ch

## **Medienmitteilung**

### **Finanzkommission behandelt Legislatur- und Massnahmenplan**

**Solothurn, 26. Februar 2014 – Die kantonsrätliche Finanzkommission (FIKO) stimmte an ihrer ordentlichen Sitzung einer Änderung des Gesetzes über das Staatspersonal zur Rückerstattung von Entschädigungen zu. Ausserdem nahm sie den Legislaturplan zur Kenntnis und stimmte den Sparmassnahmen aus dem Massnahmenplan 2014 zu.**

Die Finanzkommission hat der Änderung des Gesetzes über das Staatspersonal einstimmig zugestimmt. Gemäss dieser Änderung müssen zukünftig Regierungsräte und Staatsbedienstete nicht nur allgemeine Entschädigungen wie Verwaltungsratshonorare, sondern neu auch Sitzungsgelder in die Staatskasse abliefern, wenn sie den Kanton in Unternehmen des öffentlichen oder privaten Rechts vertreten. Einzig die Spesenentschädigungen können persönlich beansprucht werden.

Im Weiteren nahm die FIKO vom Legislaturplan Kenntnis. Sie befasste sich mit der Vollzugskontrolle und stellte fest, dass in der vergangenen Legislatur 2009 bis 2013 schon viel erreicht worden ist. Sie betonte die Wichtigkeit des Legislaturplans 2013 bis 2017 als Planungs- und Steuerungsinstrument des Regierungsrats. Die Kommission steht hinter dem prioritären Ziel, das Haushaltsgewicht wieder herzustellen.

Die Diskussion über den Massnahmenplan zeigte, dass die Meinungen der Kommissionsmitglieder wie das erreicht werden soll, auseinander driften. Die

einzelnen Massnahmen wurden teilweise kontrovers diskutiert. So wurden der Erhöhung der Personalsteuer von 20 auf neu 50 CHF und der Erhöhung der Beschwerdegebühren im Volksschulbereich von 500 auf 800 CHF nur mit Stichentscheid des Präsidenten zugestimmt. Die Senkung des Beitrages um sieben Mio. CHF für die Prämienverbilligung der Krankenkasse war ebenfalls sehr umstritten. Der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Steuererhöhung bei den natürlichen Personen um 2% wurde knapp zugestimmt. Die Kommission stimmte in der Schlussabstimmung den Massnahmen, die in die Kompetenz des Kantonsrates fallen, im Grundsatz zu. Allerdings hat sich ein Drittel der Kommissionsmitglieder der Stimme enthalten.